

GELINGENDE INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN

INTEGRATIONSPLAN FÜR NRW

NRW HAT IN DEN VERGANGENEN WOCHEN UND MONATEN BEWIESEN: WIR SIND BEREIT, ZU HELFEN – SCHNELL UND UMFASSEND. ALLEIN 2015 WURDEN IN NRW MEHR ALS 230.000 FLÜCHTLINGE GUT AUFGENOMMEN. JETZT UND IN DEN KOMMENDEN JAHREN WIRD ES VOR ALLEM AUF DIE INTEGRATION DER MENSCHEN MIT EINER GUTEN BLEIBEPERSPEKTIVE ANKOMMEN. DIESER HERAUSFORDERUNG STELLEN WIR UNS ALS REGIERUNGSTRAGENDE FRAKTION. MIT DEN NUN AUF DEN WEG GEBRACHTEN ECKPUNKTEN FÜR EINEN INTEGRATIONSPLAN LEGEN WIR EIN KONZEPT VOR, WIE INTEGRATION IM EINWOHNERSTÄRKSTEN BUNDESLAND GELINGEN KANN. WIR WISSEN: DABEI KÖNNEN WIR AUF EINE LANGE INTEGRATIONSERFAHRUNG DER MENSCHEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN AUFBAUEN.

Integration benötigt ein klares Leitbild. Grundlegendes Ziel unserer Integrationspolitik ist ein friedliches Zusammenleben aller Menschen unseres Landes in einer offenen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Erfolgreiche Integration bedarf einer gegenseitigen und verbindlichen Akzeptanz unserer Grundwerte, die sich aus den Menschen- und Bürgerrechten unseres Grundgesetzes ableiten. Integration braucht aber auch die faktischen Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe in Form von ausreichenden Kapazitäten in Kitas, Schulen oder auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Wir wollen damit für alle Menschen in unserem Bundesland Wohnraum, gute Bildung und Arbeit gewährleisten.

Der Integrationsplan verfolgt einen übergreifenden Gesamtansatz und wird nun im Parlament in nahezu allen Ausschüssen gemeinsam mit externen Fachleuten beraten. Er soll noch vor der Sommerpause – möglichst von allen Fraktionen getragen – verabschiedet werden und somit als Grundlage für eine erfolgreiche Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen dienen.

NRW STARK UND GERECHT. #MACHEN_WIR



WIR HABEN DIE BASIS FÜR INTEGRATION GESCHAFFEN

Landesregierung und Landtag haben bereits im vergangenen Jahr eine gute Basis für einen Integrationsplan geschaffen. Mit dem Beschluss zum Haushalt 2016 und den zusätzlichen Maßnahmen im Gesamtwert von rund einer halben Milliarde Euro wurde schon einiges angestoßen:

- der Ausbau im Bereich der frühkindlichen Bildung durch eine Erhöhung der Grundfinanzierung der Kindertageseinrichtungen einerseits, durch spezielle Förderprogramme andererseits
- die Schaffung von knapp 6.000 zusätzlichen Stellen für Lehrkräfte sowie insgesamt 17.500 Plätzen für die offene Ganztagsbetreuung
- der weitere Ausbau von Kommunalen Integrationszentren landesweit
- eine Wohnungsbauoffensive mit dem Ziel, jährlich 120.000 neue Wohnungen zu schaffen
- eine verstärkte Förderung ehrenamtlicher Flüchtlingshelferinnen und -helfer zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen sowie eine Erhöhung der Mittel für Beratung und Hilfen gegen Rechtsextremismus

UNSER INTEGRATIONSPLAN KONKRET

■ **Ankommen. Mehr als Sprache.**

Wir wollen verpflichtende, von jetzt 60 auf 100 Stunden aufgestockte, Integrationskurse für alle. Mit dem Spracherwerb sollen so auch die Grundwerte unseres Grundgesetzes vermittelt werden.

■ **Aus der Präventionskette auch eine Integrationskette machen.**

Wir werden uns für zusätzliche Plätze in den Kindertageseinrichtungen und der Offenen Ganztagsbetreuung, mehr Lehrkräfte in Schulen sowie eine Ausweitung der individuellen Beratungs- und Förderangebote in Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Ausbildung einsetzen.

■ **Passgenaue Qualifizierung. Gute Arbeit.**

Wir fordern praxisnahe Kompetenzfeststellungen und angepasste Qualifizierung für Flüchtlinge sowie eine Ausweitung des sozialen Arbeitsmarktes und Stärkung der beruflichen Weiterbildung.

■ **Zusammenleben im Quartier.**

Wir sorgen für die Fortsetzung der Wohnungsbauoffensive und den Abbau von rechtlichen Hindernissen für den Wohnungsbau sowie die Stärkung der „Integrationsmotoren“ Kultur und Sport.

■ **Starke Zivilgesellschaft. Konsequenz gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.**

Wir setzen uns ein für die bessere Förderung des ehrenamtlichen Engagements und die Umsetzung des Integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

■ **Rahmenbedingungen für gelingende Integration.**

Gefordert ist die Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Land und Kommunen in Organisation und Finanzierung von Integration. Grundlage für das Land ist ein konkreter Integrationsplan.

NRW STARK UND GERECHT. #MACHEN_WIR

